

Civil Society in Germany and Japan. Concepts and Practices

Symposium der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und des Japanisch-Deutschen Zentrums Berlin, Halle, 09.-10. Oktober

Dieses Symposium wurde gemeinsam vom Internationalen Graduiertenkolleg „Formenwandel der Bürgergesellschaft. Japan und Deutschland im Vergleich“ der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und dem Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin (JDZB) am 09. und 10. Oktober in der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina in Halle veranstaltet.

Bürger- und Zivilgesellschaft sind in der jüngeren Vergangenheit zu einem wichtigen Bezugspunkt der gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Debatte wie auch der Praxis vieler Menschen in Deutschland und Japan geworden. Als hochindustrialisierte und wissensbasierte Gesellschaften, die nach den militärischen und moralischen Niederlagen 1945 einen vorher nie gekannten Wohlstand erarbeitet haben, finden solche Diskussionen vor dem Hintergrund analoger Problemlagen statt.

Zum Auftakt hinterfragte Prof. Dr. C. Hann (Max-Planck-Institut für ethnologische Forschung, Halle) die Möglichkeit und Sinnhaftigkeit einer Übertragbarkeit von Zivilgesellschaftskonzepten als Analyse-kategorie auf nicht-europäische Gesellschaften in Anbetracht kultureller Diversivität und der enormen Problemlagen kultureller Translation; gleichzeitig betonte er, dass, wenn man vergleiche, ein solcher zwischen Japan und Deutschland durchaus sinnvoll sei. Auch sei die in letzter Zeit zunehmend zu beobachtende Tendenz, den Stand von Zivilgesellschaft in unterschiedlichen Gesellschaften durch vergleichende quantifizierende empirische Studien – insbesondere reduziert auf NGOs als vermeintliche Indikatoren für die Stärke von Bürgergesellschaft – zu analysieren, zu hinterfragen: Oftmals sei die steigende Zahl meß- und nachweisbarer Assoziationen lediglich Ausdruck eines schwachen Staates oder internationaler Abhängigkeiten. Ein möglicher Ausweg aus diesem Dilemma sei die vergleichende Analyse von regionalen Vorstellungen von Gesellschaft *und* Herrschaft – wodurch vermieden werden könne, die dominante soziale Organisationsform Staat aus dem Blick zu verlieren.

In einem Kommentar stimmte Prof. Dr. M. Hettling (Universität Halle-Wittenberg) grundsätzlich zu, problematisierte aber die Anwendbarkeit Hanns Bedenken auf Deutschland und Japan; ein deutsch-japanischer Vergleich sei fruchtbar, da beide Länder zwar nicht die gleichen Traditionen haben, sich aber durch analoge Konstellationen und historische Entwicklungen auszeichneten. Weiterhin führte er aus, dass man in der Tat in einem deutsch-japanischen Vergleich europäische Muster nicht privilegieren dürfe, aber nichts desto trotz fragen könne und müsse (1) nach spezifischen Mustern, welche sich in bestimmten historischen und kulturellen Kontexten herausgebildet haben (wodurch nicht zuletzt auch westliche Spezifika herausgearbeitet werden können), und (2) nach freiwilligen oder erzwungenen

Adaptionsvorgängen in anderen kulturellen Kontexten, sowie (3) welche Typen des Handelns durch bestimmte Formen institutioneller Regelungen privilegiert werden.

In einem nächsten Block diskutierte zunächst Prof. Dr. N. Yamawaki (University of Tokyo) die Mehrdeutigkeit der Begriffe bürgerliche Gesellschaft, Zivilgesellschaft und Bürgergesellschaft in Deutschland und *shimin shakai* in Japan. In einem ideengeschichtlichen Überblick mit den Startpunkten 18. Jahrhundert (Europa) und 19. Jahrhundert (Japan) rekapitulierte Yamawaki zunächst die wichtigsten Etappen der Zivilgesellschaftsdebatten bis in die Gegenwart und arbeitete dabei heraus, dass durch die Beeinflussungen japanischer Staatsrechtler durch deutsche Staatsphilosophie und sozialstaatliche Vorstellungen (in der Tradition Hegels und v. Steins) auch in Japan vor dem Krieg bürgerliche Gesellschaft primär im Gegensatz zu einem das Gemeinwohl vertretenden Staat gesehen wurde, mithin primär negativ besetzt war. Populär und mit positiver normativer Zuschreibung (und damit durchaus wieder in Analogie zur bundesdeutschen Entwicklung) wurde das Konzept von *shimin shakai* in Japan seit den 1960er Jahren verwendet, zunächst jedoch in einem marxistischen Verständnis, was eine fehlende Einbindung in demokratietheoretische Diskussionen in Japan erklärt. Schließlich thematisierte Yamawaki die Methodik künftiger Zivilgesellschaftsforschung, die sich vor allem auf drei Ebenen entwickeln müsse: Zunächst auf einer Ebene der empirischen Forschung zum Verständnis historischer Prozesse und aktueller Realitäten, zweitens auf der Ebene der normativen Theorien (zur Entwicklung eines Idealbildes von Zivilgesellschaft) und drittens schließlich die Ebene der policy-Forschung, welche Handlungsanleitungen zur Erreichung der normativen Zielvorgaben zu erarbeiten habe.

Prof. Dr. S. Murakami (Senshu University, Tokyo) stellte in seiner Antwort auf Prof. Yamawaki den marktwirtschaftlichen Sektor und seine Funktion bei der Herausbildung zivilgesellschaftlicher Strukturen in den Mittelpunkt seiner Erörterungen. Auf der Basis der wissenschaftlichen Arbeiten von Kiyooki Hirata, Yoshihiko Uchida und Seiji Mochizuki, die die theoretischen Annahmen Zenya Takashimas, Kazuo Okouchis, Hisao Otuskas and Masao Maruyamas erweiterten, betonte er die Bedeutung des Warenaustauschs als einen Anlass für das Entstehen einer Zivilgesellschaft. In den Schriften der genannten Wissenschaftler werde die Erwartung formuliert, der arbeitende Mensch entwickle sich durch den ökonomischen Prozeß zu einem modernen Individuum. Murakami vertrat die Meinung, dass das Entstehen eines Bewusstseins des Selbst, dem auch Prof. Yamawaki in seinen Überlegungen zu einer bürgerlichen Öffentlichkeit einen zentralen Platz zuweist, vornehmlich im Kontext des modernen Produktionsprozesses, d.h. durch eine Ausweitung der Kommunikation und den Austausch von Waren, die in einem Arbeitsprozess entstehen, erreicht werde.

Prof. Dr. S. Hirowatari (University of Tokyo) eröffnete am zweiten Tag des Symposiums die Diskussion des Verhältnisses von Rechtswissenschaft und Rechtssystem in Japan und die globale Renaissance der Theorien der Civil Society,

welche er zurückführt auf die Rolle der Bürgerbewegungen beim Zusammenbruch der sozialistischen Diktaturen in Osteuropa, das veränderte Verhältnis von Staat und Markt, die Globalisierung von Umweltproblemen, die Bildung von Civil Societies in Schwellenländern und schließlich die Suche nach alternativen Gesellschaftsentwürfen nach dem Zusammenbruch des Marxismus. Dann stellte Hirowatari die unterschiedliche Verwendung des Konzeptes *shimin shakai* in der japanischen Rechtswissenschaft vor. Auch hier sei zu konstatieren, dass sie in den Nuancen bürgerliche Gesellschaft, Zivil- und Bürgergesellschaft äußerst vieldeutig bleibt. In der rechtlichen Normensetzung hingegen, beginnend mit dem Verwaltungsrecht sowie dem NPO- und dem Informationsfreiheitsgesetz, sei in den letzten Jahren eindeutig eine Stärkung des Bürgers gegenüber dem Staat zu verzeichnen, was die rechtliche Voraussetzung einer Stärkung der Zivilgesellschaft in Japan bilde und auch die Beziehung von Staat und Bürger in Japan auf eine neue Ebene stelle.

In einem Kommentar arbeitete Prof. Dr. G. Foljanty-Jost (Universität Halle-Wittenberg) als Spezifik der japanischen rechtswissenschaftlichen Diskussion in Bezug auf Zivilgesellschaft heraus, dass diese sich primär auf die Ebene des *civil law* konzentriere, wobei jedoch die Ebene des *public law*, die in einer viel nachhaltigeren Weise die Beziehungen von Öffentlich und Privat definierten, weitgehend unberücksichtigt bleibe. Darüber hinaus betonte sie, dass der Staat durch juristische Normsetzungen wie die Definition des rechtlichen Status usw. Zivilgesellschaft forme und auf sie Einfluss nehme, dies aber im Widerspruch zum gängigen Verständnis von Zivilgesellschaft stehe, welches ja in der Freiheit vom Staat eine notwendige Voraussetzung für ihre Herausbildung und ihr zentrales Charakteristikum sehe.

Im vierten Block stellte Prof. Dr. Y. Tsujinaka (University of Tsukuba) die Zwischenergebnisse einer vergleichenden empirischen Studie zu Zivilgesellschaft in elf verschiedenen Ländern (Japan, Deutschland, Südkorea, die USA, China, die Türkei, Russland, die Philippinen, Brasilien, Bangladesch und Usbekistan) vor. Durch den Vergleich arbeitete Tsujinaka als Charakteristikum der japanischen Zivilgesellschaft heraus, dass die *association revolution* in Japan im Vergleich zu anderen Ländern nur bedingt stattgefunden habe. Noch heute dominieren in Japan Organisationen, die wirtschaftliche Entwicklung als Ziel definieren und auf enge Beziehungen zur Administration setzen.

Der fünfte Block widmete sich der Entwicklung von Bürgergesellschaft in Deutschland und Japan nach 1945. Prof. Dr. T. Olk (Universität Halle-Wittenberg) definierte dabei Bürgergesellschaft auch als spezifische Form sozialer Aktion, welche nicht ausschließlich als Indikator für Zivilgesellschaft verstanden werden könne; sodann rekapitulierte er in groben Zügen die deutsche Entwicklung, wobei er die besondere Rolle der partizipatorischen Revolution seit den 1960er Jahren zur Überwindung autoritärer Herrschaftsstrukturen betonte. Gleichzeitig wies auch er auf ambivalente Entwicklungen hin, etwa die zunehmende Transformation der

Wohlfahrtsverbände (eigentlich ein klassischer Akteur zivilgesellschaftlichen Engagements) zu ökonomisch konkurrierenden Akteuren.

Prof. Dr. Y. Ishida (University of Tokyo) wies ebenfalls auf die Ambivalenz der historischen Entwicklung in Japan hin, was er an der Frage der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit im Japan der Nachkriegszeit illustrierte. Die politischen Konfrontationslinien, die in diesem Themenfeld durch die von außen oktroyierte *transnational justice* hervorgerufen wurden, haben in Japan zu einer nachhaltigen Spaltung auch zivilgesellschaftlicher Akteure in politische Lager geführt habe, zwischen welchen kaum Kommunikation herrsche.

Dr. Y. Osa (University of Tokyo) schließlich illustrierte am Beispiel der Japan Platform, einem Zusammenschluss von 30 NGOs, des Unternehmerverbandes *Nippon Keidanren* sowie des japanischen Außenministeriums zur humanitären Hilfe in Katastrophenfällen aktuelle Probleme zivilgesellschaftlichen Engagements in Japan. Dabei konnte sie eindrücklich belegen, dass die Kooperation mit Akteuren aus Staat und Wirtschaft zwar einerseits die verfügbaren Ressourcen für die eigenen Aktivitäten erheblich erhöhe, andererseits aber die Unabhängigkeit (durch staatliche Vorgaben und Mitwirkung) auch erheblich einschränke. So bestehe die Gefahr, dass durch Kooperation aus unabhängigen NGOs schließlich (halb-)staatliche Serviceorganisationen würden.

Prof. Dr. G. Mutz (FH München) arbeitete schließlich in einem vergleichenden Kommentar Gemeinsamkeiten und Unterschiede der deutschen und japanischen Befunde heraus. Wie sich etwa am kooperativen Verhalten der Wohlfahrtsverbände zeige, seien sowohl in Deutschland als auch in Japan traditionell starke Beziehungen von bürgergesellschaftlichen Akteuren zum Staat zu konstatieren, mithin also in diesem Sektor eine deutlich geringere Unabhängigkeit von Staat und Zivilgesellschaft zu beobachten, als dies dem gängigen Verständnis entspreche. Weiterhin wies auch Mutz auf die Fruchtbarkeit eines handlungsorientierten Zuganges (etwa in Bezug auf „bürgerliches“ bzw. „ziviles Verhalten“) in der Analyse von Bürgergesellschaft hin.

Die Panelisten der Abschlussdiskussion (Prof. Dr. N. Yamawaki, Prof. Dr. Y. Tsujinaka, Prof. Dr. G. Mutz) arbeiteten erstens noch einmal die hohe Konvergenz der Entwicklung von Bürgergesellschaft in Deutschland und Japan für die Zeit vor 1945 (insbesondere auch das positive Erbe der Weimarer Republik und der Taishō-Demokratie) sowie die Divergenz der Entwicklung insbesondere seit den späten 1960er bis 1980er Jahren heraus. Zweitens wurde nochmals betont, dass ein Vergleich von Deutschland und Japan sensibel sein müsse für die kulturellen Unterschiede und die kulturelle Verortung des Konzeptes Zivilgesellschaft; drittens schließlich wurde die Tragfähigkeit des handlungslogisch orientierten Zuganges zu einer Analyse von Zivilgesellschaft ausgelotet und als künftige Aufgabe das Ausarbeiten einer übergreifenden Definition von „zivilem Verhalten“ angemahnt.

Eine Publikation der Beiträge ist geplant.